

V.i.S.d.P.:
„Ich tu's“-Fraktion
im Stadtrat Neuwied,
Rosengarten 9, 56564 Neuwied

Fraktionsinfo der Bürgerliste „Ich tu's“

mit den Abstimmungsergebnissen
im Stadtrat Neuwied und
ausgewählten Redebeiträgen
der Ratsmitglieder Patrick Simmer
und Dr. Christoph Schossig

Sitzungstermin:	Donnerstag, 04.09.2025, 17:30 Uhr
Raum, Ort:	Heimathaus, Eingang Luisenstraße, 56564 Neuwied

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde gem. § 16 a GemO
2. Bildung des Jugendhilfeausschusses für die Wahlperiode 2024-2029;
Wahl der Mitglieder / stellvertretenden Mitglieder
hier: Ergänzungswahl
3. Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung
4. Ausbau der Rostocker Straße zwischen Einmündung Rudolf-Diesel-Straße und Einfahrt Postfrachtzentrum
5. Fortführung Quartiersmanagement im Raiffeisenring ab 2026
6. Fortführung Quartiersmanagement in der südöstlichen Innenstadt ab 2026
7. Etablierung Frauennotruf Neuwied
8. Parkraumbewirtschaftung Innenstadt

Nichtöffentlicher Teil

1. Grundstücksangelegenheit
- 2.-6. Personalangelegenheiten

Simmer Schossig

Kenntnisnahme

Kenntnisnahme

Ja Ja

Nein Nein

Ja Ja

Ja Ja

Ja Ja

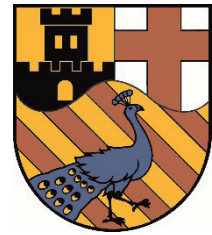
vertagt

Neuwied, 28.08.2025

gez.

Jan Einig
Oberbürgermeister

Beschlussvorlage zu TOP 4:



Ausbau der Rostocker Straße zwischen Einmündung Rudolf-Diesel-Straße und Einfahrt Postfrachtzentrum

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr.: VO/0415/25 Datum: 18.06.2025 Amt: Stadtbauamt
-------------------------	---

Status	Datum	Beratungsfolge	Zuständigkeit
N	24.06.2025	Stadtvorstand	Vorberatung
Ö	26.08.2025	Haupt- und Personalausschuss	Vorberatung
Ö	27.08.2025	Ortsbeirat Heddesdorf	Vorberatung
Ö	04.09.2025	Stadtrat Neuwied	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln bei der Buchungsstelle 5.54.1.1/2508.785300, Ausbau der Rostocker Straße, in Höhe von 550.000,- €, wird zugestimmt.

Finanzielle Auswirkungen:

Einmalige Aufwendungen / Erträge:

Außerplanmäßige Ausgabe bei der Buchungsstelle 5.54.1.1/2508.785300, Ausbau der Rostocker Straße, in Höhe von 550.000,- €

Erträge:

Im Rahmen der Erhebung von Ausbaubeiträgen ist mit einer Kostenerstattung über die Wiederkehrenden Beiträge in Höhe von 70 % der beitragsfähigen Kosten zu rechnen. Dies entspricht 385.000,- €.

Folgewirkungen / -kosten:

Kostenreduzierung der laufenden Unterhaltungsaufwendungen dieses Straßenabschnittes.

Deckung:

a) Mehreinnahmen Ausbaubeiträge, Buchungsstelle 5.54.1.1/2508.682500:	385.000,- €
b) Minderausgaben beim Radweg Andernacher Straße, Buchungsstelle 5.54.1.1/2449.785300	165.000,- €

Erläuterungen:

Die Rostocker Straße ist im genannten Abschnitt extrem stark geschädigt. Im Pflasterbelag der Straße sind gravierende Absackungen vorhanden, die nur noch eine langsame und vorsichtige Befahrung zulassen.

Dies betrifft ausschließlich die Fahrbahn, Borde, Rinnenanlage, Einstellplätze und Gehwege sind in Ordnung.

Eine einfache Sanierung der Fahrbahnoberfläche reicht allerdings nicht mehr aus. Durch die weitere Ansiedlung von Gewerbe in diesem Bereich und der Planungen zur Erweiterung des

gesamten Gewerbegebietes wird sich die Verkehrsbelastung deutlich erhöhen.

Die Schäden in einem klar abgegrenzten Bereich lassen sich auf nicht tragfähigen Untergrund zurückführen. Aus diesem Grund ist ein Vollausbau der Fahrbahn mit Untergrund-verbesserung zwingend erforderlich. Vorgesehen ist, zukünftig die Oberfläche mit Bitumen zu befestigen.

Da es sich bei der Straße derzeit noch um eine Sackgasse handelt, muss der Verkehr zwingend aufrecht erhalten werden. Dies erreichen wir durch halbseitigen Ausbau mit Ampelregelung.

Die Deckung der außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 550.000,- € erfolgt durch Einnahmen bei den Ausbaubeiträgen (wiederkehrende Beiträge) in Höhe von 385.000,- € und durch Minderausgaben bei der Maßnahme Radweg Andernacher Straße in Höhe von 165.000,- €.

Bei der Anmeldung von Haushaltsmitteln für den Haushalt 2024 sind wir davon ausgegangen, den Radweg in 2025 / 2026 bauen zu können. Inzwischen steht fest, dass die Bahnunterführung „La Porte“ in 2026 durch Arbeiten an der Brücke gesperrt wird. Die Andernacher Straße wird dann die Hauptlast des Verkehrs in Richtung Irlich tragen müssen. In dieser Situation sollte hier keine größere Baumaßnahme stattfinden.

Anlage/n:

Keine

Redebeitrag des Fraktionsvorsitzenden Patrick Simmer zu TOP 4: Ausbau der Rostocker Straße

Sehr geehrter Stadtvorstand,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir beschließen heute über eine außerplanmäßige Ausgabe für den Ausbau der Rostocker Straße im Gewerbegebiet Friedrichshof in Höhe von 550.000 Euro, von denen 70%, also 385.000 Euro durch die Bürgerinnen und Bürger mittels Erhebung von Ausbaubeiträgen in Form von Wiederkehrenden Beiträgen bezahlt werden. Gegen die Durchführung der notwendig gewordenen Baumaßnahmen in der Rostocker Straße ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Der Ortsbeirat Heddesdorf hatte den Vorgang kürzlich auf der Tagesordnung und diesem mehrheitlich zugestimmt. Unsere Fraktion folgt aber der Auffassung der „Ich tu’s“-Mitglieder, die im Ortsbeirat gegen die Beschlussvorlage gestimmt haben. Und dabei wurde auch von ihnen keineswegs die Maßnahme an sich in Frage gestellt, sondern, dass die Kostenlast der Wiederkehrenden Beiträge im Friedrichshof nur dem Ortsbezirk Heddesdorf auferlegt werden. Dies mag formal korrekt sein, da das betreffende Gebiet in der Heddesdorfer Gemarkung liegt. Es würde aber auch bedeuten, dass künftige Ausbaubeiträge im Friedrichshof und auch im Distelfeld nur den Heddesdorfern auferlegt würde.

Aus unserer Sicht gibt es zwei gerechtere Lösungsansätze:

1. Die zusammenhängenden Gewerbe- und Industriegebiete Distelfeld und Friedrichshof werden zu einem eigenständigen Abrechnungsbezirk neu geschaffen. Die Kosten würden dann nur durch die dort ansässigen Unternehmen getragen werden. Dies wäre insofern schon gerecht, da vor allem schwere Fahrzeuge, wie LKW, maßgeblich ihren Anteil an den Schäden haben.
2. Falls die Befürchtung besteht, dass man Interessenten abschrecken könnte, dann sollte die gesamte Stadt belastet werden. Dies wiederum ist gerecht, da auch die gesamte Stadt von den dortigen Gewerbesteuererträgen profitiert.

Ganz nebenbei: Es ist auch nicht unbemerkt geblieben, dass der 30% städtische Anteil in Höhe von 165.000 Euro zum wiederholten Male aus den Haushaltsmitteln für den Radwegebau in der Andernacher Straße genommen wird. Die Maßnahme sollte in 2025/2026 durchgeführt werden. Durch die Baumaßnahmen an der Bahnunterführung „La Porte“ in 2026 geht die Verwaltung nun davon aus, dass durch eine Verkehrszunahme in der Andernacher Straße, keine größeren Maßnahmen in dieser Zeit dort stattfinden sollten. Aus unserer Sicht hätten die Maßnahmen schon längst abgeschlossen sein können. Jedoch hat die Stadt in diesem Falle den Bürgerinnen und Bürgern keine weiteren Baustellenbelastungen zumuten wollen. Kritisch, weil es sich hier um eine der gefährlichsten Wegstrecken für Fahrradfahrer in Neuwied handelt.

Vielen Dank

Auszug aus der offiziellen Niederschrift zum öffentlichen Teil der Stadtratssitzung

1. Einwohnerfragestunde gem. § 16 a GemO

Wortprotokoll:

Wortmeldung 1:

Schönen guten Abend an alle Versammelten. Ich habe zwei Fragen. Die erste Frage habe ich schon vor eineinhalb Jahren einmal gestellt und möchte ganz gerne in irgendeiner Form ein Update haben. Und zur Erinnerung geht es um die Reduzierung der Geschwindigkeit an Gefahrenstellen, vor allen Dingen an Stellen, die eine Radarüberwachung ausschließen. Nochmal zur Rekapitulation zur Frage. Wenn man im Ausland mit dem Auto unterwegs ist, auch im Inland, bemerkt man zunehmend, dass auf zahlreichen Gemeinde-, Kreis- und sogar Bundesstraßen mit verschiedenen „Smiley Signalen“ gearbeitet wird, um dadurch vor überhöhter Geschwindigkeit zu warnen. Die Maßnahme wird allgemein gut akzeptiert und auch besonders wirksam eingestuft und sie ist im Vergleich relativ preiswert. Laut Aussage von Ihnen, Herr Oberbürgermeister Einig, habe die Stadt eine Anlage, die auch fleißig genutzt werde. Es sei auch angedacht, weitere „Smileys“ anzuschaffen und zwar in der Größenordnung von bis zu 10, abhängig von der Haushaltslage. Jetzt zur engeren Frage. Wie viele dieser „Smileys“ wurden im Jahr 2024, wie viele wurden im Jahr 2025 angeschafft? Wie sind die Ergebnisse der entsprechenden Geschwindigkeiten und die Rentabilität im Endeffekt?

So dann zum zweiten Fragenpunkt. Ein Mitbürger hat mich auf gravierende Baumängel beim Deich hingewiesen. Und zwar geht es um die rheinseitige Treppe in der Nähe der Deichkrone. Der Handlauf an der rheinseitigen Treppe auf dem Deich ist, weil man im oberen Teil den Abstand des Simses zur Deichmauer nicht einkalkuliert hat, aus welchen Gründen auch immer; Fehler auf Handwerkerseite oder Fehler in der Abnahme der Gewerke. Jedenfalls kann man die Stange gar nicht umgreifen und sich damit gar nicht festhalten. Die Treppe wird wahrscheinlich von vielen Touristen im Reinanlegerbereich genutzt und von daher ist das eine besondere Gefahrenstelle, zumal auch in der Nähe eine Schraube vorstehen würde, und ein erhebliches Verletzungsrisiko darstellt. Jetzt zur Frage. Der Bürger hat das der verantwortlichen Stelle bei der Stadt vor drei Monaten gemeldet. Passiert ist bisher nichts.

Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

An welcher Treppe ist das? Einseitige gibt es ja nur die vor der Deichkrone, die runter in den Rhein geht.

Wortmeldung 1-2:

Also rheinseitig auf der Seite von der Promenade.

Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

Ja, da gibt es ja zwei. Das ist die runter die in den Rhein geht oder ist das die, die an den Weg...

Wortmeldung 1-3:

Ne, auf den Deich, von der Promenade auf den Deich hoch.



Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

Alles klar, jetzt weiß ich welche Sie meinen.

Wortmeldung 1-4:

Also da oben ist ja mehr oder weniger eine Abdeckplatte. Ich meine das Außenmaterial steht vor. Man kann es da in den ersten Meter, gerade der Bereich, wo man in die Treppe reingeht oder gut, wenn man rausgeht, dann hat man es ja geschafft, aber wenn man in die Treppe reingeht, ist eine erhebliche Sturzgefahr, weil man sich gar nicht festhalten kann.

Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

Ja. Gucken wir uns an.

Wortmeldung 1-5:

Jetzt die Frage. Ist die Beseitigung des Konstruktionsfehlers bereits in die Wege geleitet?

Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

Das kann ich Ihnen heute nicht beantworten.

Wortmeldung 1-6:

Oder kommt auf die Kosten an? Ist das vergleichbar der Fehlplanung im WC im Marktplatz zu sehen? Ist ein Konstruktionsfehler.

Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

Ganz ehrlich, ich verstehe Ihre Fragen nicht. Das müssen wir prüfen, das gucken wir uns an und dann, wenn Sie dazu eine Antwort haben wollen, dann müssen Sie uns einfach nur Ihre Kontaktdaten hinterlegen, da kommen wir gleich noch mal mit dem Zettel, dann überprüfen wir das noch mal und dann können wir Ihnen da gerne eine Antwort zu geben, okay? Ich glaube, das macht am meisten Sinn, weil die können wir jetzt ad hoc nicht beantworten.

Wortmeldung 1-7:

Also gemacht ist nichts. Ist das richtig?

Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

Ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich war jetzt gestern nicht gucken. Ich kann es Ihnen tatsächlich nicht beantworten. Wenn ich das vorher gewusst hätte und Sie mir vorher eine E-Mail geschrieben hätten, ich soll mal gucken gehen, dann hätte ich es Ihnen beantwortet. Aber so tut mir leid, da war ich jetzt nicht gucken. Ich kann es Ihnen nicht beantworten.

Wortmeldung 1-8:

Also, der Bürger hat es an die richtige Stelle gefragt. Also, so ist es nicht.



Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

Was sollen wir jetzt diskutieren? Ich kann Ihnen die Frage jetzt nicht beantworten. Okay?
Für die erste Frage würde ich an den Kollegen Seemann abgeben.

Herr Beigeordneter Ralf Seemann:

Ja, vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Die erste Frage kann ich noch wie folgt beantworten. Ja, wir haben schon vor einiger Zeit beschlossen, mehr von diesen, ich nenne das jetzt auch mal, Smileys, Geschwindigkeitsanzeigen anzuschaffen. Wir haben aber verwaltungsseitig auch eine Organisationsänderung vorgenommen. Früher wurde das durch das Bauamt verwaltet. Das macht künftig das Ordnungsamt. Weil wir da auch noch die Erfahrungen aus den Geschwindigkeitsmessungen, die wir jetzt tatsächlich vornehmen, mit einbringen wollten, hat sich das Ganze ein bisschen verzögert. Wir haben aber tatsächlich für den Haushalt des kommenden Jahres Geld eingestellt und dann auch für die Folgejahre, sodass wir jetzt vorhaben, jedes Jahr zwei bis drei dieser Geschwindigkeitsmessgeräte anzuschaffen und dann auch zur Installation zu bringen.

Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

Gibt's weitere Fragen aus den Reihen? Bitteschön.

Wortmeldung 2:

Guten Abend miteinander. Ich habe eine ziemlich einfache Frage. Herr Oberbürgermeister, ich habe im Jahr 2024 Sie schon mal befragt, ob auf Basis des Lärmkatasters 2024 daran gedacht ist, auf dem sogenannten Cityring hier unter anderem auf dem sogenannten Cityring Tempo 30 einzuführen, um die Lärmemission zu mindern. Sie haben mir daraufhin erwidert, dass lokale Lärmmessungen geplant seien. Ich wiederhole lokale Lärmmessungen. Ich muss darauf hinweisen, dass das Lärmkataster die Werte rechnerisch ermittelt hat. Das ist ja bekannt und Sie sprachen von Messungen, also bin ich auch von Messungen ausgegangen. Nun stelle ich aber fest, dass wir eine Anfrage der Fraktion Ich tu's dahingehend beantwortet haben, dass keine lokalen Messungen, sondern stattdessen ein Gutachten auf der Basis rechnerischer Ermittlung erfolgt. Meine Frage; was ist der erwartete Erkenntnisgewinn eines solchen rechnerischen Gutachtens, gegenüber den dezidierten Werten des erwähnten Lärmkatasters?

Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

Grundsätzlich sind genau diese errechneten Werte auf Grundlage eines Gutachtens, die auch tatsächlich rechtlich nutzbaren Werte und auch die Forderungen, die letztlich seitens der entsprechenden Vorgabenstelle auch erfüllt werden müssen und nichts anderes. Also geht es tatsächlich nicht darum Messungen durchzuführen und wenn ich das damals gesagt habe, dann war das sicherlich auch eine gewisse Unkenntnis, weil ich auch nicht der Lärmfachmann bin, der sämtliche Regularien hinsichtlich des Verkehrslärms kennt. Dafür haben wir ja nun mal Mitarbeiter bei uns im Haus, dann war das sicherlich ein Fehler. Jedoch basiert das Ganze letztlich auf dieser Ermittlung und das ist ja auch der Fraktion, die Sie benannt haben, ganz klar erklärt worden.



Wortmeldung 2-2:

Nur eine kurze Nachfrage heißt das, dass die Werte des Lärmkatasters, ist ja auch eine amtliche Institution, also eine Landesinstitution, dass diese Werte als nicht korrekt erachtet werden?

Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

Das denke ich grundsätzlich nicht, aber ich glaube, da müssen wir die Fachleute dazu holen, wenn Sie so fachspezifische Fragen stellen oder, das wäre dann die andere Bitte, geben Sie uns diese Frage schriftlich rein, dann können sich unsere Fachleute damit auseinandersetzen und Ihnen einfach die Antwort geben, wenn sie so spezifisch ist.

Wortmeldung 2-3:

Verzeihung, Herr Oberbürgermeister, sie ist deswegen so spezifisch, weil, wenn es richtig ist, dass die Werte des Lärmkatasters korrekt erarbeitet wurden, dann ist für mich nicht einsehbar, wie mit neuen Kosten jetzt wieder ein neues Gutachten angefordert wird, möglicherweise um dieselben Werte wieder zu ermitteln, möglicherweise auch leicht abgeänderte, weil bei jeder Rechnung kann es anders aussehen.

Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

Weil wir auch immer Veränderungen haben innerhalb einer Stadt. Das kommt ja noch dazu.

Wortmeldung 2-4:

Da haben Sie Recht, aber dann müsste man jede Woche neue Messungen machen.

Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

Zum Glück müssen wir das nicht tun. Also ich weiß nicht, ob wir die Diskussion so weiterführen oder ob wir nicht vielleicht besser entweder einen Termin machen, das biete ich noch mal an oder Sie uns die Fragen schriftlich reingeben, dann können wir sie auch entsprechend beantworten und zwar unsere Fachleute und ich glaube das macht Sinn.

Wortmeldung 3:

Guten Abend, Herr Oberbürgermeister, Jan Einig, von Neuwied, guten Abend, lieber Stadtrat. Insbesondere begrüße ich noch die Zuschauer auch am Bildschirm, besonders die, die noch etwas aktiv ins Positive verändern wollen. Schwerpunkt heute die Presseabteilung der Stadtverwaltung. In den letzten Artikeln, veröffentlicht in der „Blick aktuell“, kommt es nur noch zu falschen Informationen und Darstellungen. Zum Beispiel Leiterin des Ordnungsamtes betont bezüglich parken, müssten Fahrzeuge eine Restbreite von 3,05 m freilassen. Ihr Vorgänger beim Ortstermin Niederbieber sprach sogar stets von 3,50 m, schritt dann 2,50 m ab und sagte, es sei alles in Ordnung, Basta. Was jeder Führerscheinprüfling bei der Führerscheinprüfung lernt, bei jeder Führerscheinklasse 3,00 m zwischen parkendem Fahrzeug und Fahrstreifenbegrenzung bzw. Fahrbahnbegrenzung verbleiben müssen. Deswegen meine Frage, wenn ich vom Bauhaus zum TÜV fahre und vor dem Kreisel vielleicht parken möchte mit dem Fahrschul LKW, hat man neue Parkflächenmarkierung gemacht. Innenbreite 1,85 m inklusive Markierung 1,97 m.



Möchte man nicht mehr, dass im Industriegebiet LKWs parken? Das ist die eine Frage und eine andere Frage noch – zurück zu diesem Fußgängerweg in Niederbieber, wo ich gerne eine Fußgänger Überquerungshilfe in Form einer Wechsellichtzeichenanlage hätte. Wie ist da der Stand der Dinge?

Herr Oberbürgermeister Jan Einig:

Würden wir Ihnen schriftlich beantworten, lassen Sie uns einfach die Kontaktdaten da, dann kriegen Sie das schriftlich beantwortet.

Wortmeldung 3-2:

Die haben Sie schon Stapelweise. Okay, danke.

2. Bildung des Jugendhilfeausschusses für die Wahlperiode 2024-2029;

VO/0023/24-06

Wahl der Mitglieder / stellvertretenden Mitglieder

hier: Ergänzungswahl

Kenntnisnahme:

Die beratenden Mitglieder / stellvertretenden Mitglieder werden zur Kenntnis genommen.

Verband	Mitglied	Stellvertreter/in
Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle Neuwied (Bistum Trier)	Andreas Markert Lebensberatung Neuwied Marktstr. 1, 56564 Neuwied	Sarah Tittizer Lebensberatung Neuwied Marktstr. 1, 56564 Neuwied

Beratungsergebnis:

Der Stadtrat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

3. Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung

VO/1680/24-01

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt aufgrund einer anderweitigen Deckung zur Beschlussfassung vom 21.11.2024 zur Finanzierung der Maßnahme erneut eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 1.100.000,00 € gemäß § 102 Abs. 1 Satz 2 GemO.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.



4. Ausbau der Rostocker Straße zwischen Einmündung Rudolf-Diesel-Straße und Einfahrt Postfrachtzentrum

VO/0415/25

Beschlussvorschlag:

Der Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln bei der Buchungsstelle 5.54.1.1/2508.785300, Ausbau der Rostocker Straße, in Höhe von 550.000,- €, wird zugestimmt.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird mit

34 Stimmen dafür bei
1 Enthaltung und
2 Gegenstimmen

angenommen.

5. Fortführung Quartiersmanagement im Raiffeisenring ab 2026

VO/0423/25

Beschlussvorschlag:

1. Der Fortführung des Quartiersmanagements im Raiffeisenring für die Zeit vom 01.01. – 31.12.2026 auf Grundlage der beigefügten Finanzierungsplanung und der ursprünglich für 2025 bis 2027 erstellten Konzeption wird – vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung 2026 – zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Kooperationsvereinbarung abzuschließen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine ganzheitliche Neuausrichtung des Quartiersmanagements in der Stadt Neuwied zu planen und dann den entsprechenden Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

Beschluss:

Vorsitzender schlägt eine en-bloc-Abstimmung vor.
Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

Der Beschlussvorschlag wird mit

31 Stimmen dafür bei
6 Gegenstimmen

angenommen.

6. Fortführung Quartiersmanagement in der südöstlichen Innenstadt ab 2026

VO/0424/25



Beschlussvorschlag:

1. Der Fortführung des Quartiermanagements in der südöstlichen Innenstadt für die Zeit vom 01.07. – 31.12.2026 wird – vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung 2026 – zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine ganzheitliche Neuausrichtung des Quartiermanagements in der Stadt Neuwied zu planen und dann den entsprechenden Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

Beschluss:

Vorsitzender schlägt eine en-bloc-Abstimmung vor.
Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

Der Beschlussvorschlag wird mit

31 Stimmen dafür bei
6 Gegenstimmen

angenommen.

7. Etablierung Frauennotruf Neuwied

VO/0443/25

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Verein „Frauen gegen Gewalt e.V.“ zum Aufbau und Betrieb eines professionellen Frauennotrufs eine Kooperations- und Leistungsvereinbarung abzuschließen.
2. Die Verwaltung beteiligt sich an den Kosten des Frauennotrufs Neuwied mit einem jährlichen Festbetrag in Höhe von 25.000 €.

Beschluss:

Vorsitzender schlägt eine en-bloc-Abstimmung vor.
Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

8. Parkraumbewirtschaftung Innenstadt

VO/0328/25

Beratungsergebnis:

Herr Martin Hahn (CDU-Fraktion) stellt gem. § 17 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Neuwied einen **Antrag auf Vertagung** dieses Tagesordnungspunktes **in die Sitzung des Stadtrates am 13. November 2025**.

Beschluss:



Der Antrag auf Vertagung wird einstimmig bei 4 Enthaltungen **angenommen**.

Schriftführung:

Ursula Kluwig
Verwaltungsfachangestellte

Vorsitz:

Jan Einig
Oberbürgermeister

